

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Özcan Mutlu, Kai Gehring, Beate Walter-Rosenheimer, Dr. Franziska Brantner, Katja Dörner, Ulle Schauws, Tabea Rößner, Elisabeth Scharfenberg, Maria Klein-Schmeink, Kordula Schulz-Asche, Dr. Harald Terpe, Doris Wagner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Ergebnisse und Konsequenzen aus der Studie PISA 2012**

Die Studie PISA 2012 (PISA: Programme for International Student Assessment) zeigt zwar in Teilbereichen einen erfreulich positiven Trend, jedoch weist PISA 2012 auch auf eine noch weiterhin bestehende große soziale Schieflage unseres Bildungssystems hin. Ferner besteht laut PISA 2012 bei Mädchen und Jungen im Fach Mathematik sowohl eine erhebliche Differenz in den Einschätzungen zum eigenen Leistungsvermögen als auch eine erhebliche Differenz in den gemessenen Ergebnissen. Diese Differenzen haben sich im Vergleich zu dem Jahr 2003 sogar noch verstärkt, während sie beispielsweise in anderen Ländern, wie z. B. Kanada, abgenommen haben.

Bei der getesteten Lesekompetenz konnten die Jungen zwar aufholen, liegen jedoch mit 44 Punkten noch immer ein ganzes Schuljahr hinter den Mädchen. 31 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund liegen in Mathematik unterhalb der Kompetenzstufe 2, ihr Anteil an dieser sogenannten Risikogruppe ist damit doppelt so hoch wie der von Schülerinnen und Schülern ohne Migrationshintergrund.

Im gemeinsamen Pressestatement mit dem damaligen Präsidenten der Kultusministerkonferenz, Stephan Dorgerloh, kündigte die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Johanna Wanka, am 3. Dezember 2013 an: „Wir wollen in unseren Bemühungen um die Verbesserung von Bildungschancen für alle nicht nachlassen – so müssen wir weiterhin die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler unterstützen. Aber auch die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler müssen gezielt gefördert werden.“ Aus dieser Ankündigung ergeben sich die Fragen nach den genauen Schlüssen der Bundesregierung aus den Ergebnissen der Studie und nach den angekündigten Konsequenzen. Dabei kann es sich nach geltendem Verfassungsrecht sowohl um weitere Vereinbarungen zur Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im internationalen Vergleich als auch um diesbezügliche Berichte und Empfehlungen sowie um Initiativen im Bereich der Bildungsforschung oder der beruflichen Bildung sowie der Stärkung der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen gemäß dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2010 (1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09) handeln. Mit Blick auf eine Öffnung des Grundgesetzes für weitere Kooperationsmöglichkeiten von Bund und Ländern kämen mittelfristig auch andere gemeinsame Initiativen infrage.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen bei PISA 2012 hinsichtlich des nationalen Pakts für Frauen in MINT-Berufen (MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) und der Studien- und Berufsorientierung bei jungen Frauen, und wurden diesbezüglich aus den Bundesländern Wünsche und Erwartungen an die Bundesregierung gerichtet?
2. Haben die Bundesländer an die Bundesregierung die Erwartung gerichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um hinsichtlich der Kompetenzen in Mathematik den Anteil jener Schülerinnen und Schüler zu reduzieren, die sich in der sogenannten Risikogruppe befinden?

Wenn ja, welche Maßnahmen sind im Gespräch, wann soll über sie entschieden werden, und wann sollen sie beginnen?

Welche Maßnahmen, die die Länder ins Gespräch gebracht haben, zieht die Bundesregierung nicht in Betracht, und warum nicht?

3. Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass die Einstellung zum Lösen von mathematischen Aufgaben, das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, die Motivation zum Mathematiklernen sowie die Ausdauer und die Einschätzung der eigenen Möglichkeiten hinsichtlich der Steuerung des eigenen Lernerfolgs hinsichtlich des Fachs Mathematik bei Mädchen schlechter ist als bei Jungen, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?
4. Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass der Anteil der besonders leistungsschwachen Jungen unterhalb der Kompetenzstufe 2 hinsichtlich ihrer mathematischen Kompetenzen zwischen den Jahren 2003 und 2012 um fünf Prozentpunkte gesunken ist, es hier bei den Mädchen aber keinerlei Veränderungen gab, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?
5. Wie erklärt sich die Bundesregierung den – im Vergleich zu den 14 Prozent an Schülerinnen und Schülern ohne Migrationshintergrund – mit 31 Prozent mehr als doppelt so hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, die in Mathematik lediglich die Kompetenzstufe 2 nicht erreichen, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?
6. Wird die Bundesregierung Maßnahmen ergreifen, um hinsichtlich der Kompetenzen in Mathematik den Anteil jener Schülerinnen und Schüler zu reduzieren, die sich in der sogenannten Risikogruppe befinden, und wenn ja, welche?
7. Wie erklärt sich die Bundesregierung den bei PISA 2012 ermittelten Kompetenzunterschied von 44 Punkten hinsichtlich der Lesekompetenz von Jungen und Mädchen sowie die Tatsache, dass der Anteil an Mädchen, die im Bereich Lesekompetenz besonders leistungsstark sind, mit 13 Prozent mehr als doppelt so hoch ist, wie der bei Jungen, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?
8. Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass die Fortschritte bei PISA in puncto Lesekompetenz sehr viel geringer sind, als jene in Mathematik oder den Naturwissenschaften, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?
9. Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass hinsichtlich der Lesekompetenz der Anteil an Jungen unterhalb der Kompetenzstufe 2 mit 20 Prozent mehr als doppelt so groß ist, wie bei den Mädchen, und dass sich bei der Lesekompetenz der Anteil an besonders leistungsstarken Schülerinnen und Schülern zwischen den Jahren 2000 und 2012 nicht verändert hat?

10. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der bei PISA 2012 erfolgten Sonderauswertung zu kreativem Problemlösen, und was folgt daraus für die angekündigte Qualitätsoffensive Lehrerbildung der Bundesregierung?

Berlin, den 23. Juni 2014

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**

